

Ein Friedensabkommen für die Ukraine wird allen zugute kommen

Allerdings müssen die Sicherheitsgarantien realistisch sein, und die Aufhebung der Sanktionen muss Teil des Plans sein.

24.08.2025 | Ian Proud

Die Notwendigkeit der Nachkriegssicherheit der Ukraine ist seit dem historischen Treffen von Präsident Trump mit Präsident Putin am 15. August in Alaska zu einem wichtigen Gesprächsthema geworden. Sicherheitsgarantien sind für alle Seiten, einschließlich Russland, von entscheidender Bedeutung.

Der US-Sonderbeauftragte Steve Witkoff sprach von einer „bahnbrechenden“ Zusage von Präsident Putin, Sicherheitsgarantien der NATO-Staaten zu akzeptieren. Dies bedeutete, dass „die USA und andere europäische Nationen effektiv eine Formulierung ähnlich wie in Artikel 5 anbieten könnten“.

Sicherheitsgarantien sind für europäische Nationen wichtig, gerade um das Risiko zu verringern, dass Europa in einen sinnlosen und, offen gesagt, vermeidbaren Krieg mit Russland verwickelt wird. Es gab nie Anzeichen dafür, dass Russland in Europa einmarschieren will, auch wenn dies eine bequeme Argumentationslinie für europäische Propagandisten ist.

Für Europa muss das Angebot von Sicherheitsgarantien daher eine sinnvolle Abschreckungsmaßnahme darstellen. Eine Verpflichtung der westlichen Nationen, zu kämpfen, um die Möglichkeit eines zukünftigen Krieges zu verhindern. Diese Abschreckung bedeutet jedoch nicht, dass NATO-Truppen dauerhaft oder auch nur vorübergehend in der Ukraine stationiert werden, egal ob sie nun als „Reassurance Force“, „Peacekeeping Force“ oder anders bezeichnet werden.

Wenn dieser Krieg durch den Wunsch Russlands ausgelöst wurde, die NATO daran zu hindern, über die Ukraine an seine Westgrenze vorzudringen, warum sollte Russland dann NATO-Truppen in der Ukraine akzeptieren? Die NATO verfügt bereits über große Armeen an der Grenze zur Ukraine und führt Luftpatrouillen durch. Sicherheitsgarantien müssen nicht unbedingt den Einsatz von Bodentruppen bedeuten, sondern vielmehr die Bereitschaft, die Ukraine gegen einen zukünftigen Krieg zu verteidigen, die während des aktuellen Krieges fehlte.

Und genau deshalb sind Sicherheitsgarantien für die Ukraine so wichtig.

Es ist verständlich, dass dieses Land skeptisch ist, ob NATO-Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder Deutschland im Falle eines zukünftigen Krieges militärisch zu Hilfe kommen würden, nachdem sie in diesem Krieg alles getan haben, um dies zu vermeiden. Wenn die NATO-Staaten diese Verpflichtungen für die zukünftige Sicherheit der Ukraine eingehen wollen, müssen sie es auch ernst meinen, wenn sie jemals wieder ernst genommen werden wollen.

Dies ist für die Ukraine besonders wichtig, da sie nach Beendigung der Feindseligkeiten, ob sie will oder nicht, die Größe ihrer Armee reduzieren muss. Ursula von der Leyen hat davon gesprochen, die Ukraine zu einem „Stahligel“ zu machen, den Russland nicht schlucken kann. Aber wer soll

dafür bezahlen, da die Ukraine dazu nicht in der Lage ist? In Friedenszeiten werden die europäischen Bürger zu Recht darauf drängen, dass ihre Regierungen die Ausgaben wieder auf innenpolitische Prioritäten konzentrieren und keine Gelder mehr in den korrupten Geldstrom der Ukraine fließen lassen.

Die Verteidigungsausgaben der Ukraine – 54,5 Milliarden Dollar für dieses Jahr – machen bereits über 67 Prozent des ukrainischen Haushalts und 31 Prozent des BIP aus. Die Ukraine benötigt jährliche Finanzspritzen aus westlichen Ländern in Höhe von mindestens 40 Milliarden Dollar, um sich über Wasser zu halten. Ein Großteil davon erfolgt derzeit in Form von vergünstigten Krediten, die die Ukraine irgendwann in ferner Zukunft zurückzahlen muss. Ansonsten ist die Ukraine von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten. Man muss kein Mathematikgenie sein, um zu erkennen, dass die Ukraine bei einem Versiegen der westlichen Finanzmittel weniger als 15 Mrd. USD pro Jahr für Verteidigungszwecke zur Verfügung haben wird.

Die ukrainische Armee zählte vor Ausbruch des Krieges etwa 200.000 Soldaten und umfasst heute fast eine Million. Die Gehaltskosten werden nach Kriegsende sinken, da die Soldaten wahrscheinlich ihre lukrativen Frontzulagen verlieren werden, die ihr normales Gehalt effektiv vervierfachen können, wenn sie lange genug überleben, um es auszugeben.

Dies allein wird für die Ukraine bereits ein weiteres großes soziales Problem darstellen, da sie Soldaten demobilisieren muss, die sich in einem zerstörten Land wiederfinden, das sich in einer desolaten wirtschaftlichen Lage befindet. Konkret muss die Ukraine jedoch die Größe ihrer Armee reduzieren, da sie sich deren Unterhalt nicht leisten kann. Es ist völlig unrealistisch zu erwarten, dass westliche Nationen weiterhin jedes Jahr Dutzende Milliarden in die Ukraine pumpen, um eine Armee von einer Million Soldaten in Friedenszeiten aufrechtzuerhalten.

Dies stellt zweifellos eine enorme Herausforderung dar, aber es muss sicherlich im Interesse der Ukraine liegen, um Frieden zu bitten und einen komplizierten und, wie ich befürchte, langen und steinigen Weg zur EU-Mitgliedschaft, zum Wiederaufbau und zum Wachstum einzuschlagen. Als Land gewinnt es nichts außer Tod und Zerstörung, wenn es den Krieg fortsetzt und jeden Tag an Boden und Menschenleben verliert.

Sicherheitsgarantien sind auch für Russland von entscheidender Bedeutung. Die unmissverständliche Haltung von Präsident Trump, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten wird, muss durch einen Vertrag untermauert werden, um Russland die Gewissheit zu geben, dass diese Verpflichtung zur militärischen Neutralität der Ukraine echt und dauerhaft ist.

Angesichts der Tatsache, dass Russland den Krieg ausschließlich deshalb begonnen hat, um eine klare rote Linie zu ziehen, dass die NATO nicht um die Ukraine erweitert wird, gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass Russland die Ukraine in Zukunft angreifen würde, wenn sein zentrales Anliegen gelöst wäre.

Meiner Meinung nach war die Eroberung der gesamten Ukraine nie ein Kernziel dieses Krieges. Auch wenn Russland militärisch überlegen ist, glaube ich, dass es ebenfalls Frieden will. Frieden bedeutet einen langen und schwierigen Prozess der Normalisierung der Beziehungen zur Ukraine, zu Europa und zu den USA. Die Wiederaufnahme friedlicher wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehungen würde sicherlich einen zukünftigen Krieg verhindern.

Aber natürlich gibt es hier eine Nuance: Sowohl Russland als auch die Ukraine müssten Provokationen widerstehen, die einen zukünftigen Konflikt auslösen könnten. Wir dürfen nicht vergessen, dass seit Beginn der Ukraine-Krise im Jahr 2014 und nach dem Abschluss des Minsk-II-Abkommens im Februar 2015 es zum Ziel der Ukraine und der westlichen Mächte wurde, Russland mit Wirtschaftssanktionen zu belegen.

Während wir nach einem verheerenden Krieg offenbar auf die Zielgerade zum Frieden in der Ukraine einbiegen, wird sowohl von Europa als auch von der Ukraine weiterhin Druck ausgeübt, die Sanktionen gegen Russland fortzusetzen, um den Druck aufrechtzuerhalten. In den letzten Tagen hat Präsident Zelensky weitere Sanktionen gefordert, sollte Präsident Putin sich nicht zu einem persönlichen Treffen bereit erklären. Die EU bereitet ihre 19. Sanktionsrunde seit 2022 vor, obwohl sich offenbar eine Friedensperspektive abzeichnet.

Dies ist einer der Gründe, warum jedes Friedensabkommen einen Plan zur Aufhebung von Sanktionen und nicht zur Verhängung weiterer Sanktionen enthalten muss. Wie ich bereits mehrfach gesagt habe, wird es entscheidend sein, einen klaren Plan zur Reduzierung der Sanktionen gegen Russland aufzustellen, der der Ukraine kein Vetorecht einräumt, um Präsident Putin zu einem Abkommen zu bewegen. Es ist illusorisch zu glauben, dass mehr als elf Jahre nach Verhängung der ersten Sanktionen gegen Russland die Androhung weiterer Sanktionen einen Friedensvertrag begünstigen würde. Es muss doch offensichtlich sein, dass weitere Sanktionsdrohungen Präsident Putin nur dazu ermutigen würden, seinen Truppen das Weitermachen zu befehlen.

Wenn also ein Friedensabkommen geschlossen werden soll, muss es trotz der damit verbundenen Schmerzen den Frieden oder zumindest die Abwesenheit von Krieg fördern. Es muss sicherstellen, dass Europa seine Verpflichtungen gegenüber der Ukraine in Zukunft ernst nimmt, es muss der Ukraine das Vertrauen geben, dass sie ihre Armee auf ein Friedensfundament stellen kann, und es muss ganz klar eine längst überfällige Normalisierung der Beziehungen zu Russland fördern.